



Protokoll der 29. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Juni 2011, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Beat Gränicher, Christine Mangold, Adrian Mächler
Stadtrat Lukas Ott

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2011 <i>://: Das Protokoll wird einstimmig mit der Ergänzung des Votums von Michael Bischof (FDP) beim Traktandum Nr. 9 „Parkhaus Rebgarten“ genehmigt.</i>	-
2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2011/2012 <i>://: Das Büro des Einwohnerrates wird für das Amtsjahr 2011/2012 gemäss den Vorschlägen der Fraktionen gewählt.</i>	2011/171
3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder werden einstimmig in die BPK, FIKO und GOR gewählt. ://: Die Ersatzwahl des GPK-Präsidiums wird auf die nächste Ratssitzung ausgestellt.</i>	2011/172
4. Ersatzwahl von 1 Kindergarten- und Primarschulratsmitglied <i>://: Herr Thomas Zaugg wird anstelle von Herrn Roman Zeller einstimmig für die restliche Amtsperiode vom 01.08.2011 – 31.07.2012 als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates gewählt.</i>	2011/170
5. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2010 <i>://: Die Rechnung 2010 wird einstimmig genehmigt. ://: Mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen wird dem FIKO-Zusatzantrag zugestimmt und die GPK damit beauftragt, die Prozesse sowie Abläufe rund um die Thematik Kreditüberschreitungen, Nachtragskredite und Kostencontrolling der genehmigten Investitionskredite zu überprüfen und dem Einwohnerrat bis Ende Jahr Bericht zu erstatten.</i>	2011/162 2011/162a
6. Knotenausbau mit Lichtsignalanlage Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergerstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung von TCHF 610 <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird mit grossem Mehr an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>	2011/173
7. Schiessanlage Sichtern, Mehrjahresplanung: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012, Kenntnisnahme Investitionsplanung 2013-2015 <i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die FIKO überwiesen.</i>	2011/174

8. Bericht Stadtrat zur Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen zur Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion)
://: Einstimmig wird der Antrag der FDP-Fraktion gutgeheissen und die Energiespar-Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen auf die Ratssitzung vom 31.08.2011 vertagt. 2010/134
2010/134a
9. Abschlussbericht Stadtrat zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der SP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung 2007/162
2007/162a
2007/162b
2007/162c
://: Vom stadträtlichen Bericht (Nr. 2007/162c) wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.
://: Grossmehrheitlich wird der Antrag des Stadtrates für die Abschreibung des Postulates abgelehnt.
10. Antwort Stadtrat zur Interpellation „Tagesheim Sunnewirbel – wie weiter?“ von Regula Nebiker und Patrick Mägli namens der SP-Fraktion 2011/167
://: Erledigt nach Beantwortung durch den Stadtrat.
11. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Wald an der Goldbrunnenstrasse 2011/168
://: vertagt
12. Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend späten Würdigung des Zeichners Max Schneider (1916 – 2010) 2011/169
://: vertagt

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur letzten Sitzung des Amtsjahres 2010/2011.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 22. Juni 2011:

- Es wird daran erinnert, dass das Verteilen von „Tischpapieren“ an den Einwohnerratssitzungen nur in Absprache mit dem Einwohnerratspräsidium möglich ist.
- Auf Vorschlag der SP-Fraktion ist anstelle von Philipp Senn (SP) als Nachfolgerin Frau Regula Nebiker (SP) als ordentliches Mitglied in die GEB-Kommission gewählt worden.
- Nach den mehrheitlich positiven Rückmeldungen aus den Fraktionen hat das Büro entschieden, dass die Tradition der jährlichen Einwohnerratsausflüge fortgesetzt werden soll. Der Einwohnerratsausflug 2012 wird im Zusammenhang mit dem Detail-Terminplan für das Jahr 2012 festgelegt.
- Der Entwicklungsplan 2012 – 2016 wird vom Stadtrat während/nach den Sommerferien an den Einwohnerrat überwiesen. Damit die Vorlage gleich beraten werden kann, ist diese vom Büro bereits an die FIKO und auch an die BPK zur Vorberatung überwiesen worden.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, das Formular betreffend der Mitwirkung am Integra-Anlass vom 03. September 2011 bis am Schluss der heutigen Sitzung Ratsmitglied Elisabeth Augstburger zukommen zu lassen.
- Im Anschluss an die heutige Sitzung findet das Amtsjahr-Schlusssessen mit vorangehendem Apéro um ca. 18.30 Uhr, offeriert von der SVP-Fraktion und Markus Meyer, um ca. 19.30 Uhr im Schwimmbad Gitterli statt.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, violett
- ER-Vorlagen Nr. 2011/171 und Nr. 2011/172

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--|
| - Patrick Mägli | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Canan Güngör | B: Mitte |
| - Michael Bischof | C: Seite SP, Grüne |

Diese werden unter dem Vorsitz von Ratsmitglied Michael Bischof (FDP) auch für die heutigen Wahlen als Wahlbüro verantwortlich zeichnen.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass vom Stadtrat Herr Roger Salathé als neuer Leiter Schutz und Rettung gewählt wurde. Der Neugewählte ist Kommandant der Stützpunktfeuerwehr Liestal und wird die Stelle am 1. Januar 2012 antreten.

Neue persönliche Vorstösse

Keine.

* * * * *

Dichter- und Stadtmuseum Liestal

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass ausser Programm Ratsmitglied Franz Kaufmann als Präsident des Stiftungsrates des Dichter- und Stadtmuseums eine Mitteilung machen wird.

Franz Kaufmann nimmt Stellung zur Personalentwicklung im Dichter- und Stadtmuseum: Herr Markus Ramseier hat per Ende Jahr seinen Rücktritt aus privaten Gründen bekannt gegeben. Der Stiftungsrat bedauert den Abgang von Herrn Ramseier, bedauert aber noch mehr, dass dieser via Presse Vorwürfe an den Stiftungsrat und die Stadt Liestal macht. Bezüglich den gestrigen Schlagzeilen wie „Zuviel Gratisarbeit, zu wenig Support“ möchte er festhalten, dass der Museumsleiter nach dem kantonalen Besoldungsreglement angestellt ist. Mehr als 40 Überstunden müssten vom Stiftungsrat bewilligt werden, was aber nie ein Thema war, da vom Stelleninhaber auch kein entsprechendes Gesuch eingereicht wurde. Auch die Anstellung mit einem 40%-Pensum war von Anfang an klar. Der Stiftungsrat hatte auf keine Art und Weise Druck ausgeübt und beispielsweise Leistungen verlangt, welche nicht hätten erfüllt werden können. Die in den Zeitungen zitierten angeblichen Versprechen an den Museumsleiter bezüglich einer Pensenerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden in diesem Sinne auch nicht vom Stiftungsrat abgegeben. Auch nicht alltägliche Projekte des Museumsleiters wurden vom Stiftungsrat unterstützt. Der Vorwurf wegen fehlendem Support könne er deshalb nicht nachvollziehen. Die Visionen von Herrn Ramseier waren zwar toll, aber eben jenseits der finanziellen Möglichkeiten. Und es kann auch nicht sein, dass man eine Stelle nach den Bedürfnissen des aktuellen Stelleninhabers zurecht biegen will. Der Stiftungsrat wird sich zusammen mit dem Stadtrat und Einwohnerrat wieder auf die Grundaufgaben des Museums für das Sammeln, Verwahren und Vermitteln von Liestaler Kulturgütern besinnen müssen. Der Stiftungsrat stellt fest, dass es mit dem Museumsleiter nicht passte, dieser gekündigt hat, es aber irgendwie weitergehen wird. Die Mitglieder des Stiftungsrates sind seit 10 Jahren und mehr dabei, setzen sich auch weiterhin für das Dichter- und Stadtmuseum Liestal ein und wären deshalb auch für Rückmeldungen dankbar.

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert bezüglich dem Ablauf der heutigen Ratssitzung darüber, dass im Anschluss an die heutige Sitzung das Amtsjahrschlussessen stattfinden wird und das Büro davon ausgeht, dass alle Traktanden an der heutigen Sitzung behandelt werden können. Das Geschäft „Rechnung 2010“ ist auf der Traktandenliste vorgezogen worden, da FIKO-Präsident Heinz Lerf die heutige Ratssitzung früher verlassen muss. Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet oder Änderungen beantragt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. Juni 2011 beschlossen.

265 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2011

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass das Büro gemäss Antrag von Michael Bischof (FDP) folgende Protokollergänzung (Kursivschrift) beantragt:

Trakt. 9: Parkhaus Rebgarten – Votum auf Seite 729:

Michael Bischof (FDP) ist der SP-Fraktion dankbar für ihre Unterstützung, denn nochmals thematisiert wird. *Eine mögliche Lösung könnte es beispielsweise sein, wenn mit einem öffentlichen Durchgang zu den Liftanlagen im Innern des Bauvorhabens eine Ladenpassage gestaltet werden könnte. Dies wäre eine attraktive Anbindung des Parkhausaufgangs als Verbindung zur Rheinstrasse und mit einer solchen Lösung könnte auch auf den speziellen und sicher auch teuren Spezialaufgang verzichtet werden.*

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25.05.2011 wird mit der beantragten Ergänzung des Votums von Michael Bischof (FDP) beim Traktandum Nr. 9 „Parkhaus Rebgarten“ auf Seite 729 einstimmig genehmigt.

266 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2011/2012 (Nr. 2011/171)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert über den Ablauf sowie die Behandlung der heutigen Wahlgeschäfte:

- Das Präsidium und Vizepräsidium sind schriftlich zu wählen. Die übrigen Büromitglieder können offen und gesamthaft gewählt werden. Die diesbezügliche Vorlage Nr. 2011/171 ist an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.
- Das Verteilen und Einsammeln der Wahlzettel geschieht durch das Wahlbüro. Während der Auszählung der Wahlzettel durch das Wahlbüro werden im Rat die weiteren Traktanden behandelt. Nach Bekanntgabe der Wahlresultate erfolgt die nächste Wahl.
- Anhand einer Folie werden die Ratsmitglieder über den Ablauf der Wahlgeschäfte zusammen mit der Beratung der Rechnung 2010 in Kenntnis gesetzt:

- *Kurzvorstellung des Kandidaten für das Präsidium*
- *Austeilen und Einsammeln der Wahlzettel*
- *Auszählen Wahlzettel durch das Wahlbüro*

Während dem Auszählen: Beginn der Beratung „Rechnung 2010“

- *Unterbruch der Beratung*
- *Bekanntgabe Resultat Wahl Präsidium*
- *Kurzvorstellung des Kandidaten für das Vize-Präsidium*
- *Austeilen und Einsammeln der Wahlzettel*
- *Auszählen durch das Wahlbüro*

Während dem Auszählen: Fortsetzung der Beratung „Rechnung 2010“

- *Abstimmungen betreffend Rechnung 2010 bei Präsenz Wahlbüro- bzw. Büromitglieder*

Bekanntgabe Resultat Wahl Vize-Präsidium

Anschliessend:

- *Wahl übriger Ratsbüromitglieder (Trakt. 3)*
- *Behandlung übriger Geschäfte gemäss Traktandenliste*

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass der Rat dem von ihm vorgeschlagenen Wahlprozedere stillschweigend zustimmt.

a) Präsidium

Dieter Epple (SVP) freut sich, dass die SVP-Fraktion Markus Meyer als Präsidenten des Einwohnerrates vorschlagen darf. Der Vorgeschlagene wird kurz vorgestellt.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	34
- Ungültige und leere Wahlzettel:	1
- Gültige Wahlzettel:	33

://: Markus Meyer (SVP) wird mit 33 Stimmen für das Amtsjahr 2011/2012 als Einwohner-ratspräsident gewählt.

Markus Meyer (SVP) dankt für die Wahl zum Einwohnerratspräsidenten und erklärt die An-nahme der Wahl.

Stadtpräsidentin Regula Gysin überreicht dem Neugewählten namens des Stadtrates einen Blumenstrauss und wünscht ihm viel Glück in seinem Amtsjahr als Einwohnerratspräsident.

b) Vize-Präsidium

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, seine Fraktion schlage Ratsmitglied Gerhard Schafroth als Vizepräsidenten des Einwohnerrates für das Amtsjahr 2011/2012 vor. Der Vor-geschlagene wird kurz vorgestellt und zur Wahl empfohlen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	34
- Ungültige und leere Wahlzettel:	9
- Gültige Wahlzettel:	25

://: Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) wird mit 22 Stimmen für das Amtsjahr 2011/2012 als Einwohnerrats-Vizepräsident gewählt.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt für die Wahl zum Vizepräsidenten des Einwohner-rates und erklärt die Annahme der Wahl.

c) Wahl übrige Ratsbüromitglieder

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass die Vorlage Nr. 2011/171 mit den von den Fraktionen nominierten Büromitgliedern vorgängig der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde. Die Namen der noch zu wählenden übrigen Ratsbüromitglieder werden verlesen. Nach Umfrage kann er als Präsident feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die übrigen Büromitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

Walter Leimgruber (SP) berichtet, dass in seiner Fraktion bezüglich dem Wahlvorschlag ein Fehler unterlaufen ist: Es wird Herr Peter Stengle (SP) und nicht Regula Nebiker (SP) als Ersatzmitglied des Ratsbüros vorgeschlagen.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Ratsbüromitglieder für das Amtsjahr 2011/2012 gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Michael Bischof	(FDP)
Canan Güngör	(SP)
Patrick Mägli	(SP)
Sabine Sutter	(FDP)
Corinne Ruesch	(GL)

Ersatzmitglieder:

Thomas Eugster	(FDP)
Meret Franke	(GL)
Doris Lagnaz	(CVP/EVP/GLP)
Peter Stengle	(SP)
Hans Rudolf Schafroth	(SVP)

267 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2011/172)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass von den Fraktionen verschiedene Umbesetzungen bei den einwohnerrätlichen Kommissionen vorgeschlagen werden. Die Vorlage Nr. 2011/172 ist an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.

Walter Leimgruber (SP) stellt die Frage, ob der von der SVP-Fraktion vorgeschlagene, neue GPK-Präsident John Brunner von der Stadt Liestal angestellt ist. Sollte der Vorgeschlagene tatsächlich von der Stadt angestellt sein, so würde er es heikel finden, wenn dieser als Mitarbeiter der Stadt zugleich auch als GPK-Präsident amtieren würde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass die GPK bei ihrer Konstituierung diesem Faktum sicher die gebührende Beachtung schenken wird.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, dass er vor einer Wahl von John Brunner in die GPK die von ihm gestellte Frage beantwortet haben möchte.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass Herr John Brunner trotz dem Pilotprojekt betreffend der Auslagerung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei weiterhin von der Stadt Liestal angestellt ist.

Elisabeth Spiess (GL) erklärt, sie selbst sei auch bei der Stadt Liestal angestellt und könne somit weder in die FIKO noch in die GPK gewählt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) schlägt vor, dass die Wahl von John Brunner in die GPK ausgesetzt wird, damit bis zur nächsten Sitzung noch weitere rechtliche Abklärungen getroffen werden können.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit der Vertagung der Wahl von einem GPK-Mitglied der SVP-Fraktion stillschweigend einverstanden erklären kann.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) anstelle von Gerhard Schafroth als ordentliches Mitglied

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) anstelle von Vreni Wunderlin als Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

Jürg Holinger (GL) anstelle von Corinne Ruesch als ordentliches Mitglied

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) anstelle von Gerhard Schafroth als Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) anstelle von Gerhard Schafroth als Ersatzmitglied.

://: Die Ersatzwahl von einem Mitglied der SVP-Fraktion in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird auf die nächste Ratssitzung ausgestellt.

268 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahl von 1 Kindergarten- und Primarschulratsmitglied (Nr. 2011/170)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass nur der Wahlvorschlag der FDP-Fraktion für die Wahl von Herrn Thomas Zaugg vorliege.

Thomas Eugster (FDP) freut sich, dem Einwohnerrat Herrn Thomas Zaugg als neues Kindergarten- und Primarschulratsmitglied zur Wahl vorschlagen zu dürfen. Herr Zaugg wird den Ratsmitgliedern kurz vorgestellt und zur Wahl empfohlen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Da aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht, kann über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion wird Herr Thomas Zaugg, geb. 1966, Mattenstrasse 17, Liestal, einstimmig für die restliche Amtsperiode vom 01. August 2011 bis zum 31. Juli 2012 als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates gewählt.

269 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2010 (Nr. 2011/162, Nr. 2011/162a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert anhand einer Folie darüber, dass vom Büro für die Behandlung des Geschäfts folgender Ablauf definiert wurde:

- a) FIKO-Bericht
- b) Fraktionssprecher
- c) Einzelsprecher
- d) Stadtrat
- e) Abstimmung über identische Anträge Stadtrat und FIKO
- f) Diskussion über Zusatzantrag der FIKO
- g) Abstimmung über FIKO-Zusatzantrag

a) FIKO-Bericht

Heinz Lurf (FDP) stellt als Präsident der Finanzkommission den Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/162a vor: An vier Sitzungen hatte die FIKO die Rechnung 2010 beraten und den Bericht einstimmig verabschiedet. Wie auch in den vergangenen Jahren ist die Rechnung von der ROD geprüft worden. Zusammen mit dem Revisionsbericht ist der FIKO auch der „Management Letter“ vom 12.05.2011 mit Revisionsfeststellungen zur Kenntnis gebracht worden. Die Schwerpunktthemen der FIKO-Beratung sind auf den Seiten 3 und 4 des Kommissionsberichtes aufgeführt. Anlass zu grösseren Diskussionen hatte das Handling bezüglich den Nachtragskrediten in der Investitionsrechnung gegeben. Daraus resultierte der Zusatzantrag der FIKO, wonach die GPK den Auftrag erhalten soll, die Prozesse und Abläufe rund um die Thematik Kreditüberschreitungen, Nachtragskredite, Kostencontrolling der genehmigten Investitionskredite zu überprüfen und dem Einwohnerrat bis Ende 2011 Bericht zu erstatten. Abschliessend wird nochmals speziell Stadtrat Peter Rohrbach und Bereichsleiter Thomas Kunz für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Überprüfung der Rechnung 2010 durch die FIKO gedankt.

b) Fraktionssprecher

Peter Küng (SP) sagt, seine Fraktion nehme erfreut davon Kenntnis, dass Liestal die Ausgaben im Griff habe und man nun zum sechsten Mal in Folge einen positiven Rechnungsabschluss zur Kenntnis nehmen darf. Ausserordentliche Abschreibungen konnten gemacht, Bruttoinvestitionen von 5,9 Mio. Franken selbst finanziert und auch weiterhin Schulden abgebaut werden. Weniger erfreulich ist hingegen, dass man beispielsweise einen Nachtragskredit von CHF 73'000 betreffend dem Regionenverbund bewilligen muss, obwohl sich die Stimmbürger an der Urne gegen einen Beitritt zum Regionenverbund ausgesprochen hatten. Weitere Gründe sprechen dafür, dass seine Fraktion den FIKO-Zusatzantrag betreffend den Nachtragskrediten der Investitionsrechnung unterstützen kann. Ferner hoffe man, dass vom Stadtrat nun auch die längst versprochene Vorlage betreffend den Baurechtszinszahlungen an die Bürgergemeinde dem Rat endlich zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werde.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Selbstfinanzierung von rund 3,4 Mio. Franken entspreche annähernd der seinerzeit definierten Balance. Die Nettoinvestitionen von 3,2 Mio. Franken erlauben halt keinen höheren Schuldenabbau. Der positive Finanzierungssaldo verursacht aber keine Neuverschuldung, trotz den getätigten Investitionen. Der veranschlagte Aufwand ist höher und die Erträge tiefer als im Budget 2010. Die Ursachen liegen beispielsweise bei den nicht budgetierten Aufwendungen und andererseits bei den auffallend hohen Korrekturen bei den Steuereinbuchungen. Ein Schuldenabbau im letzten Jahr war nur dank den Veräusserungen von Finanzvermögen zustande gekommen. Es kann aber allgemein eine gute Budget-Einhaltung festgestellt werden. Auch finde man die ausserordentlichen Abschreibungen sinnvoll. Der FIKO-Zusatzantrag werde ebenfalls von seiner Fraktion unterstützt.

Daniel Spinnler (FDP) erinnert daran, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der Genehmigung des Voranschlages 2010 den einwohnerrätlichen Auftrag erhalten hatte, bei den Kontenklassen 30 „Personalaufwand“ und 31 „Sachaufwand“ lineare Kürzungen von 1 Prozent vorzunehmen. Vergleicht man nun die Zahlen auf Seite 4 des weissen Teils im Budget, so stellt man fest, dass beispielsweise das Sachaufwand-Budget um fast 400'000 Franken überschritten wurde, weshalb er die vorgängig gemachte Aussage bezüglich der Budgettreue nicht unterstützen kann. Die Verschärfung bei den Steuereinnahmen führt zu einer schlechteren Selbstfinanzierung. Die gute Selbstfinanzierung kann auch nur ausgewiesen werden, weil die Beiträge an das Gitterli über die Investitionsrechnung finanziert werden. Betrachtet man die Mittelwerte der Finanzkennzahlen auf Seite 8/47 und berücksichtigt die Gitterli-Investitionen sowie die Entwicklung der Steuerauffälle und ansteigenden Aufwendungen, so muss doch aufgepasst werden, dass beispielsweise die anstehenden Schulhaussanierungen finanziert werden können. Ein Schuldenabbau war auch nur wegen der Veräusserung von Finanzvermögen und nicht aus eigener Kraft möglich. Bezüglich dem FIKO-Zusatzantrag ist festzuhalten, dass es wohl wenig sorgfältig ist, wenn von Projektleitern erst dann Nachtragskredite beantragt werden, wenn das Geld bereits schon ausgegeben ist. Diesbezügliche Untersuchungen und weitere Abklärungen der GPK machen Sinn. Obwohl sich seine Fraktion für einen Beitritt zum Regionenverbund ausgesprochen hatte, finde sie es ebenfalls nicht richtig, dass vom Stadtrat entgegen dem Entscheid an der Volksabstimmung Geld ausgegeben und erst im Zusammenhang mit der Rechnung 2010 ein Nachtragskredit von CHF 73'000 beantragt wird. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der FIKO zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) legt dar, dass wiederum ein positiver Rechnungsabschluss vorliegt und gemäss ROD-Bericht der Verwaltung auch eine sorgfältige Rechnungsführung attestiert werden kann. Zwei Diskussionspunkte möchte die Grüne Fraktion speziell hervorheben. In der Liste der Nachtragskredite sind Beitragszusicherungen an Dritte aufgeführt, wozu die dafür notwendigen Einwohnerratsentscheide fehlen. So beispielsweise eine Kostenbeteiligung an den Quartierplan Rebgarten sowie Investitionen beim Regionenverbund, welcher vom Volk abgelehnt wurde. Bei einem dringenden Handlungsbedarf hätte der Stadtrat zumindest die entsprechenden Nachtragskredite mit einer zeitnahen Vorlage dem Rat noch nachträglich beantragen müssen. Ihre Fraktion wird ebenfalls den Zusatzantrag der FIKO unterstützen. Die Erklärung, dass der Grund für die tiefer als erwartet ausgefallenen Steuereinnahmen auf die Finanzkrise zurückzuführen ist, konnte ihre Fraktion nicht vollständig überzeugen, denn dann hätten doch die meisten anderen Gemeinden dasselbe Problem, was aber nicht der Fall ist. Als mögliche Strategie für mehr Steuereinnahmen ist in der FIKO ein quantitatives Bevölkerungswachstum genannt worden. Dies dürfte aber zweischneidig sein, denn es bedeutet nicht zwingend, dass mehr Leute im Verhältnis zur zusätzlich nötigen Infrastruktur auch mehr Steuereinnahmen generieren werden. Darum möchte man den Stadtrat dazu ermutigen, sich eher Gedanken über ein qualitatives Wachstum zu machen. Dies wäre beispielsweise möglich, indem sich attraktive Firmen und Bildungseinrichtungen langfristig in Liestal niederlassen würden, womit die Wohn- und Lebensqualität Liestals aufrecht erhalten und optimiert würde. Der Grafik im Rechnungsbericht kann man entnehmen, dass die Einkommensklasse zwischen hundert- und zweihunderttausend Franken einen wesentlichen

Anteil an das Steuersubstrat von Liestal leisten. In diese Einkommensklasse fallen viele Doppelverdiener, und so sollte man sich überlegen, was man für diese in Liestal tun könnte. So wird man später vom Stadtrat sicher noch erfahren, was dieser beispielsweise bezüglich den Kinderkrippenangeboten in Liestal zu tun gedenkt. Ihre Fraktion wird den FIKO-Anträgen zustimmen.

Paul Pfaff (SVP) äussert, auch seine Fraktion nehme davon Kenntnis, dass die Rechnung zum sechsten Mal in Folge mit schwarzen Zahlen abschliesst. Es sollte aber noch genauer überprüft werden, ob die geringeren Steuereinnahmen auch tatsächlich ein Liestal-spezifisches Phänomen sind. Auch muss alles daran gesetzt werden, dass die Kosten nicht stetig steigen. Diesbezüglich ist auch der Einwohnerrat gefordert, indem man gewisse Begehrlichkeiten halt einmal zurückstellt und mit den vorhandenen Ressourcen etwas sorgsamer umgeht. Diesbezüglich erinnere er an das vor kurzer Zeit beschlossene Quartierzentrum im Fraumattgebiet, denn solche Angebote sind nicht lebensnotwendig und wichtig für einen Grossteil der Bevölkerung. Der höhere Finanzausgleich sollte für den Schuldenabbau oder für die kommenden, grossen Investitionen gebraucht werden. Auch muss daran gearbeitet werden, dass die Steuern gesenkt werden können, wurde doch Liestal diesbezüglich im kürzlich veröffentlichten Städteranking schlecht benotet. Die SVP-Fraktion wird den beiden FIKO-Anträgen ebenfalls zustimmen.

c) Einzel sprecher

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecher zur Rechnung 2010 äussern möchten.

d) Stadtrat

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf verschiedene Aussagen der Fraktionssprecher, zu welchen er einige Punkte festhalten möchte. Das qualitative und quantitative Wachstum Liestals wird sicher im nächsten Entwicklungsplan thematisiert. Die Steuereinschätzungen im Voranschlag 2010 liegen in einer vernünftigen Genauigkeit. Das Problem liegt aber bei den Steuereinschätzungen der Vorjahre und fehlenden Veranlagungen von juristischen Personen, welche nicht von der Stadt selbst, sondern vom Kanton vorgenommen werden. Die beiden Vorlagen betreffend den Bürgergemeinde-Baurechtszinsen sowie Beiträgen der Stadt an die Waldwege werden dem Einwohnerrat zusammen mit dem Entwicklungsplan 2012-2016 vorgelegt. Die Kredite sind vom Einwohnerrat zu bewilligen und die Kreditfreigabe erfolgt durch den Stadtrat. Für die Kostenkontrolle zeichnet die Verwaltung verantwortlich. Die Abrechnungen werden vom Stadtrat genehmigt und diesbezüglich in den Rechnungen rapportiert. Dem Einwohnerrat wird für die gute Aufnahme der Rechnung 2010 gedankt.

Stadträtin Marion Schafroth hält bezüglich dem Nachtragskredit von 73'000 Franken für den Regionenverbund fest, dass vom Stadtrat nichts unternommen wurde, was dem Volkentscheid widerspricht. Die getätigten Investitionen haben nichts mit einem Anschluss an den Regionenverbund zu tun. Bereits im Zusammenhang mit der Beratung der Einwohnerratsvorlage bezüglich einem Anschluss an den Regionenverbund wurde im Einwohnerrat und in der BPK darüber informiert, dass die Leitung im Zusammenhang mit den laufenden Strassenbauarbeiten realisiert wird. Schon zum damaligen Zeitpunkt wurde darüber informiert, dass rund 50'000 Franken bereits verbaut sind und noch weitere Kosten folgen werden. Der formelle Fehler ist, dass vom Stadtrat damals beim Einwohnerrat kein Nachtragskredit eingeholt wurde, doch inhaltlich wurde der Sachverhalt schon damals transparent kommuniziert.

e) Abstimmung über identische Anträge Stadtrat und FIKO

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass die FIKO den stadträtlichen Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2011/162 zustimmt und aus dem Rat keine Gegenanträge gestellt werden. Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über alle stadträtlichen Anträge, welche von der FIKO einstimmig gutgeheissen werden, in globo abgestimmt wird.

://: Die Rechnung 2010 der Stadt Liestal wird einstimmig genehmigt.

f) Diskussion über Zusatzantrag der FIKO

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) verweist auf den Zusatzantrag der FIKO gemäss Seite 5 der Vorlage Nr. 2011/162a, wonach die GPK damit beauftragt werden soll, die Prozesse und Abläufe rund um die Thematik Kreditüberschreitungen, Nachtragskredite und Kostencontrolling der genehmigten Investitionskredite zu überprüfen und dem Einwohnerrat bis Ende Jahr Bericht zu erstatten.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum FIKO-Antrag angemeldet.

g) Abstimmung über FIKO-Zusatzantrag

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum FIKO-Zusatzantrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Zusatzantrag der FIKO, wonach die Geschäftsprüfungskommission (GPK) damit beauftragt werden soll, die Prozesse sowie Abläufe rund um die Thematik Kreditüberschreitungen, Nachtragskredite und Kostencontrolling der genehmigten Investitionskredite zu überprüfen und dem Einwohnerrat bis Ende Jahr Bericht zu erstatten, wird mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

270 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Knotenausbau mit Lichtsignalanlage Rosenstrasse - Nonnenbodenweg – Sulzbergerstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung von CHF 610'000.-- (Nr. 2011/173)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) berichtet, dass vom Büro keine Empfehlung betreffend einer Direktberatung oder Überweisung der stadträtlichen Vorlage an eine einwohnerrätliche Kommission abgegeben wird. Zuallererst sollen sich nun die Ratsmitglieder dazu äussern, ob sie die Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission überweisen möchten.

Matthias Zimmermann (SP) äussert sich als BPK-Präsident, jedoch nicht namens der Bau- und Planungskommission zur Frage, wie die Vorlage weiter behandelt werden soll. Die BPK ist davon ausgegangen, dass ihr vor den Sommerferien keine Vorlagen mehr zur Vorberatung überwiesen werden. Wegen Terminproblemen könnte die BPK weitere Geschäfte auch erst an einer Sitzung nach den Sommerferien behandeln. Er habe die Vorlage studiert und schlage eine Direktberatung des Geschäfts vor, da in dieser weder Bänke, Bäume oder Lampen ein Thema sind. Es handelt sich bei der Vorlage um eine rein technische Vorlage, welche ein Bestandteil des Verkehrskonzeptes ist. Das Stadtbauamt dürfte ebenfalls über einen heutigen Ratsentscheid froh sein, damit die weiteren Arbeiten im Zusammenhang mit der Projektumsetzung in Angriff genommen werden können. Den stadträtlichen Anträgen könne er deshalb auch zustimmen. Er habe die BPK-Mitglieder gebeten, die von ihm gemachte Stellungnahme auch in den Fraktionen zu vertreten.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion könne sich mit den vorgeschlagenen Massnahmen betreffend der Einmündung vom Nonnenbodenweg in die Rathausstrasse einverstanden erklären, ist dies doch eine wichtige Voraussetzung für die Verkehrsverlagerung auf den Kantinenweg. Nicht einverstanden ist aber seine Fraktion mit der projektierten Lichtsignalanlage, denn mit der bestehenden Signalanlage beim Gestadeckplatz und der noch zu planenden Signalanlage beim neuen Einkaufszentrum Ziegelhof würden innert Kürze gleich drei Lichtsignalanlagen innerhalb einer Distanz von rund 280 Metern entstehen. Nebst der zusätzlichen Signalanlage beim Lehrerseminar sind auch zusätzliche Fussgängerstreifen auf der Rosenstrasse und Militärstrasse geplant. Einzeln betrachtet machen all diese Massnahmen durchaus Sinn, doch zusammenhängend dürften sich diese verkehrshemmend auf einer Durchgangsstrasse auswirken, da der Verkehrsfluss laufend unterbrochen würde. Seine Fraktion bevorzuge deshalb einen Kreisel bei der Einmündung Nonnenbodenweg/Rosenstrasse. Die ablehnende stadträtliche Haltung zur Kreiselvariante ist etwas knapp formuliert und diesbezüglich möchte man gerne noch Genaueres erfahren. Mit dem vorliegenden Geschäft werden weitere Investitionen in die Rosenstrasse freigesetzt, obwohl diese mittelfristig vom Kanton übernommen werden soll. Genaueres möchte man auch betreffend dem Übernahmezeitpunkt der Rosenstrasse durch den Kanton, die Bedingungen betreffend der Übernahme mit allfälligen weiteren Kostenfolgen zu Lasten der Stadt usw. erfahren. Aufgefallen ist zudem in der stadträtlichen Vorlage, dass man einem Anstösser eine Schallschutzmauer finanzieren will. Die Notwendigkeit dieser Lärmschutzwand und Finanzierung derselben sollte ebenfalls noch im Detail geprüft werden. Zwecks Klärung all dieser Fragen spricht sich die FDP-Fraktion für eine Überweisung der Vorlagen an die BPK aus.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bittet darum, dass sich die Ratsmitglieder zuallererst nur zur Direktberatung und zur Überweisung der Vorlage äussern sollen.

Stadtrat Ruedi Riesen wäre ebenfalls sehr froh, wenn die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen würde.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, auch seine Fraktion spreche sich grundsätzlich für den Knotenausbau mit Lichtsignalanlage aus. Auf dem Situationsplan ist aber beispielsweise nicht ersichtlich, wie ein in Richtung Lausen fahrender Velofahrer nicht plötzlich wegen einer Unachtsamkeit eines in den Nonnenbodenweg abzweigenden Autofahrer vom Weg abgedrängt werden könnte. Bezüglich der Velofahrer sind Lösungen gefragt, welche bei jedem Strassenbauprojekt geprüft werden müssen. Ist beispielsweise „Pro Velo“ bei der Ausarbeitung des vorliegenden Projektes gemäss früheren stadträtlichen Zusagen konsultiert worden? Sollten keine konkreten Lösungen aufgezeigt werden können und „Pro Velo“ nicht bereits kontaktiert worden sein, so spreche sich seine Fraktion für eine Überweisung an die BPK aus. Ausnahmsweise könnte sich diese aber auch für eine Direktberatung der Vorlage entscheiden.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, seine Fraktion habe sich ursprünglich für eine Direktberatung der Vorlage ausgesprochen. Angesichts der Stimmen sowie Fragestellungen an der heutigen Ratssitzung werde man aber nun doch einer Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen. Er selbst sei beispielsweise auch ein Befürworter der Kreisvariante.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, eine Vorberatung durch die BPK mache durchaus Sinn, da eine Überweisung der Vorlage auch vom zuständigen Stadtratsmitglied Ruedi Riesen befürwortet wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

271 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Schiessanlage Sichtern, Mehrjahresplanung: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012, Kenntnisnahme Investitionsplanung 2013-2015 (Nr. 2011/174)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) kann feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist. Er informiert darüber, dass das Büro dem Rat vorschlägt, die stadträtliche Vorlage an die FIKO zur Vorberatung zu überweisen.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, der Stadtrat befürworte eine Vorberatung der Vorlage durch die Finanzkommission ebenfalls.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

272 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen zur Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion) – Bericht Stadtrat (Nr. 2010/134, Nr. 2010/134a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) teilt mit, dass sich nun alle fünf unterzeichnenden Motionäre zum stadträtlichen Bericht äussern können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den Vorstoss der einwohnerrätlichen Fraktionen, mit welchem die Idee für die Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal verfolgt wird. Dafür soll zuerst eine Bestandesaufnahme gemacht werden, damit entschieden werden kann, mit welchen künftigen Massnahmen und Investitionen der grösste Energiepareffekt erzielt werden kann. So wurde der Stadtrat mit der Überweisung der Motion unter anderem damit beauftragt, eine einfache, übersichtliche und klimakorrigierte Energiestatistik zu erstellen, zu führen und jährlich zu publizieren. Die mit dem stadträtlichen Bericht gelieferten Zahlen sind seines Erachtens durchaus nicht einfach, übersichtlich und klimakorrigiert. Der Einwohnerrat weiss nun zwar, dass die Stadt bereits seit 1992 eine Energiestatistik führt, doch geht aus den Unterlagen nicht hervor, wie sich die diesbezüglichen Zahlen entwickelt haben. Auch der zweite Auftrag an den Stadtrat für die Unterbreitung eines Energiesparkonzeptes mit terminiertem Massnahmenplan inklusive Kostenfolgen wird mit der Berichterstattung des Stadtrates nicht erfüllt. Seine Fraktion wird deshalb alle drei Anträge des Stadtrates ablehnen. An der heutigen Sitzung soll das Geschäft diskutiert werden, doch sollten sich im Anschluss daran die Motionäre bezüglich dem weiteren Vorgehen unterhalten.

Hanspeter Zumsteg (GL) erinnert daran, dass mit viel Sorgfalt die Energiesparmotion von allen Fraktionen ausgearbeitet und diese auch einstimmig an den Stadtrat überwiesen wurde, was doch selten ist und als Besonderheit bezeichnet werden kann. Inzwischen hat das Stadtbauamt die Energiestatistik aus der Schublade gezaubert und dem Rat erstmals zur Kenntnis gebracht. Ansonsten ist aber wenig unternommen und nicht einmal die für dieses Geschäft prädestinierte Energiekommission konsultiert worden. Der Stadtratsbericht geht mit keinem Wort auf den Auftrag der Motion bezüglich der Ausarbeitung eines Energiesparkonzeptes mit terminiertem Massnahmenplan ein. In einem solchen Energiekonzept könnte der vorgeschlagene Gebäudeausweis zur energetischen Sanierung von Hochbauten durchaus ein erster möglicher Schritt sein. Es fehlt ein Gesamtkonzept über die geplanten Arbeiten und das weitere Vorgehen. Seine Fraktion ist sehr enttäuscht über den vorliegenden stadträtlichen Bericht, denn dieser zeigt einmal mehr auf, dass Umweltanliegen und Energiesparmassnahmen nicht viel Platz im Stadtbauamt haben. Seine Fraktion erwartet, dass im nächsten Entwicklungsplan die Umsetzung der Energiesparmotion klar aufgezeigt wird. Bevor das verlangte Energiesparkonzept mit terminiertem Massnahmenplan vorliegt, wird die Fraktion der Grünen auch der Abschreibung der Motion nicht zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) hält fest, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2010/134a von der SP-Fraktion lediglich als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen wird. Nur das Vorliegen des Gebäudeenergieausweises GEAK kann ja wohl nicht der alleinige Grund für eine Abschreibung der Energiesparmotion sein, zumal es ausser den Gebäulichkeiten noch andere Energieverbraucher in der Stadt gibt. Es muss gegebenenfalls ein Missverständnis vorliegen, denn mit der Motion wurde ein Energiesparkonzept mit terminiertem Massnahmenplan inklusive Kostenfolgen gefordert. Es ist wichtig, dass dem Rat auch die Kostenfolgen aufgezeigt werden, damit vom Einwohnerrat auch entsprechende Kredite bewilligt werden können. Die SP-Fraktion stimmt den ersten beiden Anträgen des Stadtrates zu, wird aber dem Antrag für eine Abschreibung der Motion nicht zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) nimmt stellvertretend für den Motionär und FDP-Vertreter Pascal Porchet zum stadträtlichen Bericht kurz Stellung. Nebst der klimakorrigierten Energiestatistik sollten auch alle übrigen Statistiken und Daten aus der Schublade genommen und den Motionären vom Stadtbauamt zur Kenntnis gebracht werden. Anhand der vollständigen Akten sollen die Motionäre das weitere Vorgehen besprechen. Die Vorschläge des Stadtrates mit den formulierten drei Anträgen sind zu verfrüht. Seine Fraktion wird deshalb alle drei Anträge des Stadtrates ablehnen.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass er sich als letzter Motionärssprecher im Prinzip den Voten seiner Vorredner anschliessen kann. Bei einer Minderheit der SVP-Fraktion ist betreffend der stadträtlichen Vorlage eine gewisse Skepsis bezüglich den möglichen Kostenfolgen beziehungsweise Unverhältnismässigkeit zwischen Aufwand und Ertrag vorhanden. Die SVP-Fraktion wird mit einigen Enthaltungen vom sogenannten stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis nehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt fest, dass der stadträtliche Bericht im Rat sehr kritisch aufgenommen wurde. Mit den Argumentationen haben es sich die Motionäre angesichts der komplexen Energiefragen und –debatten doch etwas einfach gemacht. Ansatz des Stadtbauamtes war es, nun etwas zu tun, ohne dass gleich theoretische Strukturen aufgebaut werden. Energiesparmassnahmen dürften insbesondere bei den anstehenden Gebäudesanierungen einschenken. Die Reaktionen der Fraktionssprecher und Motionäre enttäuschen ihn. Selbstverständlich werden die Statistiken vom Stadtbauamt aufgearbeitet, doch wollte man nicht zu viel Zeit in die Vergangenheitsbewältigung investieren. Basierend auf dem statistischen Zahlenmaterial der letzten 3 – 4 Jahre und den GESAK-Daten kann zusammen mit Experten eine Standortbestimmung für alle Gebäude der Stadt gemacht werden, welche eine Basis für die weiteren Massnahmen bildet. Die weiteren Massnahmen sind unter dem Kapitel „Zusammenhänge in der Gebäudeplanung“ auf Seite 5 des Berichtes skizziert. Er weist auch nochmals darauf hin, dass das Stadtbauamt für die Planung und Instandhaltung der Gebäude, nicht aber für alles andere auch noch zuständig ist. Mit der Bewilligung des beantragten Kredites könnte vom Stadtbauamt innert Kürze auch Konkretes angepackt werden, ohne dass noch Arbeitsgruppen, Kommissionen, Parteienvertreter etc. kontaktiert werden müssten. Der Vorwurf von Hanspeter Zumsteg, dass das Stadtbauamt nach der Überweisung der Energiesparmotion nichts getan habe, müsse er mit aller Vehemenz auch klar zurückweisen, denn vom Stadtbauamt können nicht gleich alle Begehrlichkeiten und Arbeiten innert Kürze erfüllt werden. Mit dem beantragten Kredit von 78'000 Franken könnte aber mit dem skizzierten weiteren Vorgehen gleich gestartet werden. Er selber sei froh, dass es keine einwohnerrätliche Energiekommission gebe, denn dadurch muss sich der Einwohnerrat an den Ratssitzungen zu den stadträtlichen Vorschlägen äussern. Rundumschläge führen nicht zum Ziel und der Einwohnerrat soll nun klar sagen, was er will.

Paul Pfaff (SVP) hält fest, dass schon ein Unbehagen vorhanden ist. Die stadträtliche Vorlage ist soweit eigentlich schon in Ordnung, doch will man nicht, dass es ein Fass ohne Boden gebe, indem beispielsweise Gebäudesanierungen bis zum geht nicht mehr vorgenommen würden. Der Schuss könnte auch nach hinten los gehen, wenn gar noch Kommissionen aktiv würden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass der GEAK für Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser sowie einfache Verwaltungs- und Schulgebäude dienlich sein kann. Wie können aber alle anderen Gebäude-Typen der Stadt berechnet und erfasst werden? Liegen für die GEAK-Erarbeitung mehrere Offerten vor und untersteht der diesbezügliche Auftrag dem Submissionsgesetz?

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die beiden Vorredner und hält fest, dass die Kostenfolgen erst nach Vorliegen des noch in Auftrag zu gebenden Gebäudeenergieausweises GEAK für alle Liegenschaften bekannt sein dürften. Es ist bereits bekannt, dass prioritär energetische Sanierungsmassnahmen insbesondere beim Frenkschulhaus nötig und sinnvoll sind. Weitere Priorisierungen und Sanierungskosten würden im Entwicklungsplan aufgezeigt, doch bedarf es für die weiteren Abklärungen und Entscheidungen noch der GEAK-Daten. Die Arbeiten für die GEAK-Erarbeitung würden vom Stadtbauamt ausgeschrieben, die vorliegende Offerte der Siemens AG dient lediglich als Grundlage für den stadträtlichen Kreditantrag an den Rat. Mit dem Kantonsbeitrag von CHF 34'000 werden die Zustandsanalysen aller Schulanlagen und auch Kindergärten in Liestal subventioniert.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass die Unterzeichnenden der Energiesparmotion die stadträtliche Vorlage nach Erhalt nicht mehr vorgängig der heutigen Sitzung zusammen diskutieren konnten. Ein solches Gespräch und weitere Abklärungen sind aber nötig, was die Diskussion an der heutigen Sitzung zeigt. Eine Rückweisung des stadträtlichen Berichtes an den Stadtrat macht aber auch wenig Sinn, denn dann müsste man wohl noch längere Zeit auf einen nächsten Bericht des Stadtrates warten. Damit Zeit gewonnen werden kann, stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag: *Die Beratung der Vorlage wird auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 31. August 2011 verschoben und dann nochmals traktandiert.*

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann den FDP-Antrag unterstützen. Mit weiteren Gesprächen und Abklärungen könnten sicher auch Missverständnisse aus dem Weg geräumt werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) findet den Vorschlag der FDP betreffend dem weiteren Vorgehen ebenfalls gut.

Thomas Eugster (FDP) hält ergänzend zu seinem vorgängigen Votum speziell noch fest, dass gemäss stadträtlichem Bericht auch vieles mit „Nutzer-Motivationen“ erreicht werden könnte. Bei den anstehenden Diskussionen und weiteren Abklärungen sollte man sich auch auf solche möglichen Energiesparmassnahmen fokussieren.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt die Anregungen sowie Vorschläge der Vorredner gerne auf. Den Vorschlag und Antrag der FDP-Fraktion finde er ebenfalls sinnvoll, denn eine Rückweisung der stadträtlichen Vorlage würde auch das Stadtbauamt zutiefst frustrieren. Damit würde der Start für die GEAK-Erarbeitung weitere Verzögerungen erfahren. Er hoffe natürlich, dass bei einer Gutheissung des FDP-Antrages im Anschluss auch noch die Verantwortlichen des Stadtbauamtes kontaktiert würden, denn diese können beispielsweise noch ergänzende Informationen und Angaben bezüglich den bereits installierten CO₂-Messgeräten in den Schulanlagen machen.

Matthias Zimmermann (SP) sagt, er sei grundsätzlich dagegen, dass vom Parlament Arbeiten für die Verwaltung gemacht werden. Die parlamentarischen Aufträge sind vom Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht nicht erfüllt worden, weshalb dieser eigentlich auch die Nacharbeiten erledigen sollte. Er kann sich aber mit der pragmatischen Lösung gemäss Vorschlag der FDP-Fraktion sowie auch den gemachten Vorschlägen für weitere Gespräche der Motionäre mit dem Stadtrat und/oder der Verwaltung einverstanden erklären. Damit könnte auch dafür gesorgt werden, dass man nicht mehr aneinander vorbeiredet, wie dies an der heutigen Sitzung wohl teilweise der Fall war.

Regula Nebiker (SP) verblüfft die Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen etwas, dass das Stadtbauamt mache, was es könne. Denn mit der Überweisung der Energiesparmotion erwartete der Einwohnerrat doch eine politische Entscheidungsgrundlage des Gesamtstadtrates wie beispielsweise das geforderte Energiesparkonzept. Der GEAK ist wohl eine gute Massnahme des Stadtbauamtes, ist aber kein stadträtliches Konzept, wie es mit dem Vorstoss verlangt wurde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Der FDP-Antrag wird den Ratsmitgliedern nochmals verlesen.

://: Einstimmig wird der Antrag der FDP-Fraktion gutgeheissen und die Beratung sowie Beschlussfassung betreffend der Energiesparmotion auf die nächste Ratssitzung vom 31. Augst 2011 vertagt und neu traktandiert.

273 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Abschlussbericht Stadtrat zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung (Nr. 2007/162, Nr. 2007/162a, Nr. 2007/162b, Nr. 2007/162c)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt als Postulant Stellung zum stadträtlichen Bericht. Dem Rat wird mit der Vorlage Nr. 2007/162c nun ein dritter Zwischenbericht vorgelegt. Die vorliegende Stellungnahme ist zwischenzeitlich auch vom dritten Stadtverwalter unterzeichnet worden, welcher seit der Postulatsüberweisung im Amt ist. Er habe das Gefühl, dass der Stadtrat an der Situation überhaupt nichts ändern wolle. In den Antworten wird auf die momentane Situation, jedoch nicht auf das Postulat eingegangen. So ist nirgends ersichtlich, weshalb die Schalteröffnungszeit nicht mindestens einmal wöchentlich auf 19.00 Uhr verlängert werden könnte und beispielsweise die Schalter auch über den Mittag geöffnet werden, wie dies in kantonalen Verwaltungen auch schon praktiziert wird. Selbst wenn die zusätzlichen Schalteröffnungszeiten mit Mehrkosten verbunden wären, so soll dies der Stadtrat doch sagen und dem Rat ein entsprechendes Kreditbegehren zur Beratung und Beschlussfassung unterbreiten. Die Homepage der Stadt Liestal ist sicher nicht schlecht, doch nicht unbedingt nutzerfreundlich. So muss man sich beispielsweise durch vier Knöpfe durchklicken, bis man beispielsweise bei den Publikationen und Onlineformularen ankommt. Eine Aufschaltung von Links auf der ersten Seite wären vermutlich dienlicher, als Gedichte und Wetterberichte. Ein Qualitätshandbuch ist in der Verwaltung vorhanden und so wäre es doch auch nützlich, wenn man erfahren könnte, innert welcher Frist beispielsweise mit einem Entscheid zu einem Gesuch gerechnet werden kann. So werden auch vom Kanton bezüglich der Baugesuchsverfahren hinsichtlich dem Ablauf und den Fristen genauere Angaben gemacht. So verstehe er es auch nicht, dass man mögliche Verbesserungen nicht im Rahmen von kontinuierlichen Verbesserungsprozessen anwendet. Auch auf die unter Punkt 4 des Postulates aufgeführten Massnahmen, wie beispielsweise die Sicherstellung, dass Anfragen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes beantwortet werden, wird auch im dritten Bericht des Stadtrates nicht eingegangen. Der vorliegende Bericht ist zwar schön zum Lesen, beantwortet aber wiederum nicht die Fragen seines Postulates. Es kann und darf ja kaum sein, dass der Einwohnerrat gar mit einer Motion noch die Schalteröffnungszeiten der Verwaltung reglementarisch regeln muss. Der Stadtrat ist allgemein offen für Pilotversuche und könnte doch vielleicht einmal ein Pilotprojekt betreffend den Schalteröffnungszeiten der Verwaltung lancieren. Das Postulat soll deshalb entgegen dem stadträtlichen Antrag nicht abgeschrieben werden.

Hanspeter Stoll (SP) berichtet, der stadträtliche Bericht sei auch in der SP-Fraktion auf Unverständnis gestossen, denn die Fragen des Postulates aus dem Jahre 2007 werden nun auch mit dem sogenannten Schlussbericht des Stadtrates nicht beantwortet. Zu beachten ist auch, dass dem Postulat eine Frage von Ratsmitglied Beat Gränicher in einer Fragestunde vorausgegangen war. Je mehr Berichte vom Stadtrat zum Postulat vorgelegt werden, desto weniger gehen diese inhaltlich auf das Postulat Nr. 2007/162 ein. So werden unter Punkt 4 des aktuellen Berichtes vom Stadtrat Aussagen bezüglich der Kundenorientierung gemacht. Der Rat wollte aber Instrumente, mit welchen man kundenfreundlicher operieren kann. So wurden im Einwohnerrat bei der Beratung des zweiten Zwischenberichtes doch konkrete Vorschläge und Lösungsansätze bezüglich den Schalteröffnungszeiten aufgezeigt, welche vom Stadtrat zumindest hätten geprüft werden können. Auch wird im nun dritten Bericht auf keine der Ideen und Vorschläge der früheren Einwohnerratssitzungen eingegangen. Dem Stadtrat könnte gar unterstellt werden, dass dieser dem Rat mit den Verzögerungen gar den Verleider machen möchte, bis dass dieser nachgibt und das Postulat abschreibt. Die Idee des Postulates ist gut und deshalb wird man auch den Vorschlag des Postulanten unterstützen, dass der Vorstoss auch nach Vorliegen des dritten Berichtes nicht abgeschrieben wird.

Der Stadtrat wird gebeten und dringend dazu aufgefordert, im nächsten Bericht Vorschläge zu unterbreiten, welche auch Fleisch am Knochen haben.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, man habe nun einiges Negatives gehört. Sie selbst möchte doch aber auch ein paar positive Punkte betonen. Der Zugang zur Verwaltung hat sich verbessert und die den Kundenbedürfnissen angepassten Schalteröffnungszeiten finde sie gut. Auch ist es sehr hilfreich, dass man Termine auf der Verwaltung auch ausserhalb der ordentlichen Öffnungszeiten vereinbaren kann. Die Homepage gibt über viele Dinge Auskunft, so unter anderem auch über die Telefonnummern und Mailadressen der Mitarbeitenden, was bei der Einreichung von Anfragen und Gesuchen sehr hilfreich ist. Neu gibt es auch einen Link bezüglich der Integration von Migrantinnen und Migranten, so ist auch eine Zunahme an Anmeldungen für Deutschkurse feststellbar. Weitere Dienstleistungsangebote wie die Bestellung von Parkkarten und Bewilligungen von Zufahrten ins Stedtli sind in nächster Zeit elektronisch abrufbar. Auch in ihrer Fraktion habe man sich darüber Gedanken gemacht, was Personen machen, welche in Zürich arbeiten und nicht während den ordentlichen Öffnungszeiten die Verwaltung besuchen können. Der Wunsch für eine Verlängerung der Öffnungszeiten zumindest an einem Abend ist schon mehrfach geäußert worden. Ihre Fraktion wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis nehmen und auch dem stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates zustimmen. Nach der heutigen Diskussion kann es aber sein, dass sich einige Fraktionsmitglieder gegen eine Postulatsabschreibung aussprechen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, die Verwaltung ist eine lernende Organisation, welche sich dauernd verändert und verbessert. Sie wird an dieser Stelle nicht auf jeden einzelnen Punkt der Fraktionssprecher eingehen. Doch kann sie darüber informieren, dass bezüglich der Kundenfreundlichkeit praktisch keine negativen Rückmeldungen eingehen, denn der Eingang von Gesuchen und Anfragen wird bestätigt und dabei gegebenenfalls auch die Erledigungsfristen angegeben. Einwohner, welche beispielsweise in Zürich arbeiten, können mit der Verwaltung nach Vereinbarung auch Termine ausserhalb der Schalteröffnungszeiten abmachen. Diese Termine müssen auch nicht zwingend auf einen Abend, das heisst nach der Schalterschliessung, festgelegt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Über die beiden stadträtlichen Anträge wird separat abgestimmt.

://: Mit grossem Mehr bei Enthaltungen nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht vom 24.05.2011.

://: Grossmehrheitlich wird der stadträtliche Antrag für die Abschreibung des Postulates Nr. 2007/162 abgelehnt.

274 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Antwort Stadtrat zur Interpellation „Tagesheim Sunnewirbel – wie weiter?“ von Regula Nebiker und Patrick Mägli namens der SP-Fraktion (Nr. 2011/167)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal SP-Fraktion

INTERPELLATION

Tagesheim Sunnewirbel - wie weiter?

Ende März 2011 teilte das Tagesheim Sunnewirbel den Eltern mit, dass die Eigentümer den Mietvertrag für die Räumlichkeiten des Tagesheims an der Rebgrasse 21 per 31. März 2012 gekündigt haben. Die Stadt Liestal und das Amt für Liegenschaftsverwaltung des Kantons Basel-Landschaft würden den Sunnewirbel bei der Suche nach einem geeigneten Objekt unterstützen. Seither kursieren verschiedene Spekulationen über den neuen Standort, so beispielsweise auch das Restaurant Gitterli (Aussage der Stadtpräsidentin gegenüber der BZ).

Hunderte Eltern und Kinder – und nicht zuletzt Arbeitgeber – müssen wissen, dass sie sich weiterhin auf die gute Kinderbetreuung durch den Sunnewirbel verlassen können. Unsicherheiten, wie sie durch die ungeschickte Informationspolitik nun offenbar entstanden sind, schädigen den guten Ruf dieses äusserst erfolgreichen Tagesheims, das ein fester Bestandteil der Liestaler Familienpolitik ist. Wir erwarten von der Stadtregierung ein unmissverständliches Bekenntnis zum Sunnewirbel und eine grösstmögliche Unterstützung bei der Lösung von allfälligen Raumproblemen..

Wir fragen deshalb den Stadtrat:

- 1. Muss der Sunnewirbel tatsächlich eine neue Bleibe suchen? Bis wann?*
- 2. Wie sieht die Raumsituation des Sunnewirbels grundsätzlich aus? Hat der Sunnewirbel nicht ohnehin Bedarf nach zweckmässigeren, ev. auch grösseren Räumlichkeiten als bisher?*
- 3. Bestehen längerfristige Pläne?*
- 4. Hat der Stadtrat ein Konzept zur Unterstützung des Sunnewirbel bei der Suche nach einer Bleibe? Wie koordiniert der Stadtrat die Informationspolitik in Sachen Sunnewirbel?*
- 5. Hat der Stadtrat dem Sunnewirbel bereits geeignete Mietliegenschaften anbieten können?*

23. Mai 2011

Für die sozialdemokratische Fraktion:

Regula Nebiker und Patrick Mägli

* * * * *

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass das Tagesheim Sunnewirbel nächstes Jahr das 25-Jahr-Jubiläum feiern kann. Aus einer Frauengruppe heraus hatte der Einwohnerrat ein Stadtfest zu Gunsten eines Tagesheimes organisiert, da es vor 25 Jahren noch keine familienergänzende Tagesbetreuung, keinen Mittagstisch und auch keine Blockzeiten an den Schulen gab. Das Tagesheim Sunnewirbel wurde damals mit einem Legat begünstigt, welches ihm ermöglichte, sich um eine Liegenschaft zu kümmern, in welcher familienergänzende Angebote ausgeübt werden können. Im Moment verfügt das Tagesheim Sunnewirbel über 20 Vollplätze, welche von 37 Kindern genutzt werden. In vergangener Zeit wurden wiederholt Ausbaumöglichkeiten geprüft. So stand auch das Projekt Sunnewirbel 2 in der Nähe des bestehenden Tagesheimes zur Diskussion, doch konnte dieses Projekt wegen fehlender Unterstützung des Kantons nicht umgesetzt werden. Tatsache ist, dass der Bedarf an familienergänzenden Betreuungsangeboten vorhanden ist, die Wartelisten lang sind und eine solche Einrichtung auch ein wichtiger Standortfaktor für die heutige Gesellschaft ist. Die Fragen der Interpellanten kann sie wie folgt beantworten:

- Antwort zu Frage 1: Ja, das Tagesheim muss eine neue Bleibe suchen, da das Mietverhältnis am jetzigen Standort infolge der Grossüberbauung Zentrum Nord und unter Berücksichtigung des neuen Verkehrskonzeptes gekündigt worden ist. Kündigungstermin ist der 31. März 2012. Ein erstes Mieterstreckungsgesuch ist bis zum 30. September 2012 verlängert worden.
- Antwort zu Frage 2: Diese Frage muss klar bejaht werden, denn die derzeitige Liegenschaft genügt den gewachsenen Anforderungen nicht mehr. Auch der Platzbedarf hat infolge der vielen Kleinkinder und den Anforderungen an die Betreuung zugenommen. Ferner besteht eine permanente Warteliste und eine kontinuierliche Zunahme des Bedarfs nach Tagesbetreuungsplätzen.
- Antwort zu Frage 3: Ja, es existieren längerfristige Pläne. Neben der Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Stadt auf Basis eines modernen Betriebskonzeptes wird eine verbindliche Zusammenarbeit mit dem Kanton als grösstem Arbeitgeber in Liestal angestrebt. Dabei spielen der Standort und die Liegenschaft eine zentrale Rolle. Zur Sicherung des für den Standort Liestals wichtigen Angebotes ist die Unterstützung durch die Stadt Liestal ganz klar gewährleistet.
- Antworten zu Fragen 4 und 5: Die Stadt Liestal kann keine geeignete Mietliegenschaft anbieten. Praktisch alle Optionen mussten im Rahmen von Detailabklärungen aus verschiedenen Gründen verworfen werden oder haben sich zerschlagen. Aktuell zeichnet sich eine Lösung ab, doch kann heute noch nicht über Konkretes berichtet werden. Das hat den Stadtrat bewogen, die bis Ende 2012 befristet zugesicherten, jährlichen Unterstützungsbeiträge von 200'000 Franken bis Ende 2013 zu verlängern, da das Tagesheim Sunnewirbel eine Übergangslösung und Planungssicherheit braucht. Dieser Entscheid dürfte den Eltern und auch Mitarbeitern des Tagesheimes mehr Sicherheit geben.

Regula Nebiker (SP) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Informationen und Antworten, wünscht aber die Diskussion. Sie selbst sei mit ihrer Familie wegen dem Tagesheimangebot nach Liestal gezogen. Als Mutter sei sie früher extrem auf das Angebot des Sunnewirbels angewiesen gewesen und das vom Tagesheim an die Eltern Ende März verschickte Schreiben hatte wohl nicht nur die beiden Interpellanten, sondern auch viele andere direkt betroffene Eltern verunsichert. Die Frage, wie es mit dem Tagesheim Sunnewirbel weitergehen wird, ist von der Stadtpräsidentin auch nicht zur vollen Zufriedenheit beantwortet worden. Unabhängig den Kostengutsprachen der Stadt fehlt doch die klare Aussage, ob der Stadtrat weiterhin zum Tagesheim Sunnewirbel stehe. Welches sind denn die Optionen, sollten die laufenden Verhandlungen scheitern?

Erika Eichenberger (GL) unterstützt das Votum ihrer Vorrednerin und stellt fest, dass ein Tagesheim sicher ein Standortvorteil ist, da ein Riesenbedarf an Betreuungsplätzen für Kinder jeglichen Alters vorhanden ist. Mehrfache Untersuchungen haben ergeben, dass pro investierten Franken an die Gemeinschaft schlussendlich vier Franken zurückfliessen, wobei der Betrag von CHF 1.60 Steuergelder sind. Die Stadt Liestal darf deshalb nicht zögern und sollte auch klare Signale bezüglich dem Tagesheim Sunnewirbel setzen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Vorstandsmitglied des Tagesheimes Sunnewirbel den Interpellanten für den Vorstoss sowie dem Stadtrat für die Unterstützung und Mithilfe bei der Suche nach einer neuen Liegenschaft. Der Vorstand ist aktiv auf der Suche nach einer neuen Liegenschaft und wäre dankbar für Angebote und Hinweise. In den nächsten Tagen wird der Verein auch eine Pressemitteilung verschicken, in welcher die Liegenschaftssuche thematisiert wird. Wichtig ist, dass das Tagesheim langfristig auf die finanziellen Unterstützungsbeiträge der Stadt zählen kann.

Stadtpräsidentin Regula Gysin betont, dass dem Stadtrat das Tagesheim Sunnewirbel sehr wichtig ist und am Herzen liegt. Es ist aber wirklich nicht einfach, in Liestal eine geeignete Liegenschaft für das Tagesheim finden zu können. Auch der Einwohnerrat wird dazu aufgerufen, mögliche Mietobjekte dem Vereinspräsidenten Kurt Lirgg zu melden. Von der Stadt Liestal werden aktuell noch Abklärungen bezüglich 2 – 3 möglichen Mietobjekten getroffen. Es war nie die Absicht der Stadt, ihre finanziellen Beiträge an das Tagesheim zu streichen. Wie das Tagesheim Sunnewirbel bereits weiss, macht sich der Stadtrat Gedanken über einen möglichen Wechsel bezüglich der finanziellen Unterstützungen, indem alle Eltern gleich behandelt würden, da es ja mehrere familienergänzende Angebote in Liestal gibt. Finanzielle Beiträge würden deshalb nicht mehr objektbezogen ausgerichtet. Dieser Systemwechsel wurde schon längere Zeit angedenkt und steht in keinem Zusammenhang mit der Kündigung des Mietvertrages für das Tagesheim Sunnewirbel.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation Nr. 2011/167 beantwortet und erledigt.

SCHLUSSWORT von Ratspräsident Jürg Holinger

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) richtet in seiner Schlussrede folgende Worte und Gedanken an die Anwesenden:

Schliessen möchte ich mit einem Zitat des österreichischen Schriftstellers Arthur Schnitzler (1862 – 1931): „Ein Abschied schmerzt immer, auch wenn man sich darauf freut“.

Der erste Teil, ein Abschied schmerzt immer, trifft besonders für ältere Menschen zu, weil mit fortschreitendem Alter die Abschiede immer einen endgültigeren Charakter bekommen. Der 2. Teil trifft für mich ebenfalls persönlich aber ebenso zu. Zwar habe ich die Arbeit als Präsident gerne gemacht, ich habe viele Menschen kennen gelernt, Stichtentscheide getroffen, und vieles mehr. Trotzdem freue ich mich nun wieder auf mehr Freiräume und auch darauf, wieder aktiv an den Diskussionen im Rat teilnehmen zu dürfen. Ich danke euch für die Geduld, das Vertrauen und das Verständnis, welches ihr mir entgegengebracht habt. Und schliesse damit die Sitzung.

Stadtpräsidentin Regula Gysin bedankt sich bei Ratspräsident Jürg Holinger namens des Stadtrates für die gute Zusammenarbeit im Amtsjahr 2010/2011 und überreicht ihm als kleine Anerkennung drei Flaschen Danggschön-Wy aus dem Rathauskeller.

Schluss der Sitzung: 18.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann